

N i e d e r s c h r i f t

über die 11. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses des Haupt- und Finanzausschusses
der Stadt Monheim am Rhein vom 08.12.2011

Sitzungsraum: Ratssaal
Beginn: 17:05 Uhr
Ende: 19:54 Uhr

Anwesend:

Ausschussvorsitzender

Herr Daniel Zimmermann

Mitglieder der CDU-Fraktion

Herr Günter Bosbach
Herr Tim Brühland
Herr Heinz-Jürgen Goldmann
Herr Markus Gronauer ab 17:21 Uhr
Herr Peter Werner

Mitglieder der Fraktion Peto

Herr Florian Große-Allermann
Herr Torsten Kinzel Vertretung für Frau Janne Oberdieck
Herr Karsten Köchling
Herr Max Riedel Vertretung für Frau Lisa Riedel
Herr Lucas Risse

Mitglieder der SPD-Fraktion

Herr Werner Goller
Herr Thomas Heinen
Frau Ursula Schlößer
Herr Alexander Schumacher

Mitglieder der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Frau Andrea Stamm

Mitglieder der FDP-Fraktion

Herr Ulrich Anhut Vertretung für Frau Dr. Doris Schröder-Weber

Linke

Herr Benjamin Daniel Kenzler

parteilos

Frau Lilo Friedrich

von der Verwaltung

Herr Andreas Apsel
Frau Annette Berg
Herr Martin Frömmer
Herr Manfred Hein
Herr Max Herrmann
Herr Kurt Hundenborn
Herr Guido Krämer
Herr Edgar Lenz
Herr Roland Liebermann
Herr Michael Lobe
Herr Georg Thomanek
Herr Uwe Trost
Frau Marion Warden
Herr Thomas Waters
Herr Anton Weber

Schriftführerin

Frau Anke Bitsch

es fehlen entschuldigt

Frau Janne Oberdieck
Frau Lisa Riedel
Frau Dr. Doris Schröder-Weber

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
2. Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung - öffentlicher Teil -
3. Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner
4. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses vom 29.09.2011 VIII/0757
5. Satzung zur 3. Änderung der "Gebührensatzung zur Abfallentsorgungssatzung (Abfallentsorgungsgebührensatzung) der Stadt Monheim am Rhein vom 16.12.2008" VIII/0716
6. Satzung zur 3. Änderung der "Satzung der Stadt Monheim am Rhein über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung)" VIII/0729

zung) vom 16.12.2008

- | | | |
|-------|---|-----------|
| 7. | Satzung zur 3. Änderung der "Gebührensatzung zur Grundstücksentwässerungssatzung der Stadt Monheim am Rhein vom 16.12.2008" | VIII/0744 |
| 8. | Fortschreibung des bestehenden Trägerschaftsvertrages für den Jugendclub Baumberg | VIII/0751 |
| 9. | Leistung überplanmäßiger Aufwendungen und Auszahlungen im Bereich 51 - Produkt 51.4. Familienunterstützung | VIII/0771 |
| 10. | Perspektiven/Handlungsoptionen zur Schulraumoptimierung im Stadtteil Baumberg | VIII/0765 |
| 11. | Zielplanung zum Strategischen Ziel: "Verbesserung der Sozialstruktur in Monheim am Rhein, insbesondere im Berliner Viertel". | VIII/0773 |
| 12. | Betriebliches Gesundheitsmanagement | VIII/0753 |
| 13. | Online - Bürgerbeteiligung | VIII/0770 |
| 14. | Sachstandsbericht zur interkommunalen Zusammenarbeit | VIII/0772 |
| 15. | Änderung der Satzung des Zweckverbandes Verkehrsverbund Rhein-Sieg (ZV VRS) in § 14 und Verabschiedung einer Richtlinie dazu | VIII/0769 |
| 16. | Bildung von Rückstellungen für Instandsetzungsmaßnahmen im Jahresabschluss 2011 / Gebäudeunterhaltung und Straßenunterhaltung | VIII/0764 |
| 17. | Kreisverkehr Oranienburger Straße - Anmeldung von üpl-Mitteln | VIII/0776 |
| 18. | Mündliche Mitteilungen | |
| 19. | Mündliche Anfragen | |
| 19.1. | Planung Baumberg Ost | |
| 19.2. | Winterdienst Am Schellberg | |
| 19.3. | 30 kmh-Zone am Monheimer Tor | |
| 19.4. | Konjunkturprogramm | |
| 19.5. | Opladener Straße | |

SITZUNGSERGEBNIS:

In öffentlicher Sitzung

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest. Er bittet um Erweiterung der Tagesordnung des öffentlichen Teils um den neuen Tagesordnungspunkt 17: Tischvorlage VIII/0776 – Kreisverkehr Oranienburger Straße – Anmeldung von üpl. Mitteln. Die Nummerierung der nachfolgenden Tagesordnungspunkte würde sich entsprechend ändern.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt einstimmig die empfohlene Änderung.

2 Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung - öffentlicher Teil -

Protokoll:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Niederschrift der Sitzung vom 29.09.2011 zur Kenntnis.

3 Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner

Protokoll:

Keine Wortmeldung.

4 Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses vom 29.09.2011

Vorlage: VIII/0757

Protokoll:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den Ausführungsbericht zur Kenntnis.

5 Satzung zur 3. Änderung der "Gebührensatzung zur Abfallentsorgungssatzung (Abfallentsorgungsgebührensatzung) der Stadt Monheim am Rhein vom 16.12.2008"

Vorlage: VIII/0716

Protokoll:

Die Sprecherin der SPD-Fraktion bittet um Angabe, in welcher Höhe der kalkulatorische Zinssatz, der in den vergangenen Jahren mit 7% veranschlagt wurde, in die Berechnung eingeflossen sei.

Die Verwaltung erklärt, dass ein kalkulatorischer Zinssatz von 6% berücksichtigt worden sei.

Weiterhin fragt die Sprecherin der SPD-Fraktion nach, was für Personalkosten hier berechnet worden seien, da die Abfallentsorgung doch extern durchgeführt würde.

Bei den Personalkosten, die in den Abfallgebühren enthalten seien, handele es sich um die Abfallberatung, die Kosten, die für die Kalkulationstätigkeit der Gebühren entstünden und den Overhead anfallen, erläutert der Bürgermeister.

Beschlussempfehlung

Die Satzung zur 3. Änderung der „Gebührensatzung zur Abfallentsorgungssatzung (Abfallentsorgungsgebührensatzung) der Stadt Monheim am Rhein vom 16.12.2008“ wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.

Die Satzung und die Gebührenkalkulation sind Bestandteil des Beschlusses.

einstimmig zugestimmt

- 6** **Satzung zur 3. Änderung der "Satzung der Stadt Monheim am Rhein über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) vom 16.12.2008"**
Vorlage: VIII/0729

Beschlussempfehlung

Die Satzung zur 3. Änderung der „Satzung der Stadt Monheim am Rhein über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) vom 16.12.2008“ wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.

Die Satzung und die Gebührenkalkulation sind Bestandteil des Beschlusses.

einstimmig zugestimmt

- 7** **Satzung zur 3. Änderung der "Gebührensatzung zur Grundstücksentwässerungssatzung der Stadt Monheim am Rhein vom 16.12.2008"**
Vorlage: VIII/0744

Beschlussempfehlung

Die Satzung zur 3. Änderung der „Gebührensatzung zur Grundstücksentwässerungssatzung der Stadt Monheim am Rhein vom 16.12.2008“ wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.

Die Satzung und die Gebührenkalkulation sind Bestandteil des Beschlusses.

einstimmig zugestimmt

- 8 Fortschreibung des bestehenden Trägerschaftsvertrages für den Jugendclub
Baumberg
Vorlage: VIII/0751**

Beschlussempfehlung

1. Der Trägerschaftsvertrag für den Jugendclub Baumberg wird gemäß der vorliegenden Änderungsfassung des Vertrages fortgeführt.
2. Die Pauschale wird ab 2012 auf 92.000€erhöht.
3. Im Jahr 2013 erfolgt eine Anpassung unter angemessener Berücksichtigung der Kostenentwicklung.

einstimmig zugestimmt

- 9 Leistung überplanmäßiger Aufwendungen und Auszahlungen im Bereich 51 -
Produkt 51.4. Familienunterstützung
Vorlage: VIII/0771**

Protokoll:

Der Sprecher der CDU-Fraktion merkt an, dass diese Vorlage den Ratsmitgliedern nicht vorlag, sondern lediglich den Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses, so dass eine Beratung derzeit nicht möglich sei.

Der Bürgermeister bedauert dieses Versehen. Daher wird die Beratung in die Ratssitzung vertagt.

vertagt

- 10 Perspektiven/Handlungsoptionen zur Schulraumoptimierung im Stadtteil
Baumberg
Vorlage: VIII/0765**

Protokoll:

Wie im Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport bereits diskutiert und festgelegt, bittet der Bürgermeister die Fraktionen, ihre Prüfaufträge möglichst bis zur nächsten Ratssitzung am 21.12.2011 schriftlich zu formulieren. Dies bilde die Grundlage für die weitere Arbeit der Verwaltung. Im Januar erfolge eine Einladung zu einer Schullenkungsgruppe, die die aufgeworfenen Fragen diskutieren könne. Daher sei es wünschenswert, dass seitens der Fraktionen ebenfalls bis zum 21.12.2011 ein Vertreter für die Teilnahme an der Schullenkungsgruppe namentlich benannt werden könne.

vertagt

**11 Zielplanung zum Strategischen Ziel: "Verbesserung der Sozialstruktur in Monheim am Rhein, insbesondere im Berliner Viertel".
Vorlage: VIII/0773**

Protokoll:

Der Bürgermeister erläutert die Vorlage und weist auf die Diskussion im Ausschuss für öffentliche und soziale Angelegenheiten hin. Die Besetzung der Stelle sei, trotz Nothaushalt dringend erforderlich. Das Personalkostenbudget habe die Verwaltung hierbei im Blick, es sei nicht damit zu rechnen, dass es durch die Einrichtung und Besetzung der Stelle überschritten würde.

Diesen Beschluss zu fassen, fiel sehr schwer, so der Sprecher der CDU-Fraktion. Er bittet um Erläuterung, ob dieser Beschluss nicht Bindungswirkung entfalte, ohne dass Zahlen des Haushaltes oder der Stellenplan bekannt seien. Inhaltlich sei die Angelegenheit sehr zu begrüßen.

Die Verwaltung bestätigt, dass sich aus dem Beschluss eine Bindungswirkung für kommende Haushaltsjahre ergebe. Auch der Stellenplan müsse dann entsprechend ergänzt werden.

Die Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bewertet die Einrichtung des Stadtteilmanagements sehr positiv. Sie wünscht sich nähere Erläuterungen und die Berücksichtigung einer sogenannten „Ordnungspartnerschaft“.

Es würde noch ein detailliertes Konzept erarbeitet und den entsprechenden Gremien zur Beschlussfassung vorgelegt, erklärt der Bürgermeister. Die Vereinbarung einer Ordnungspartnerschaft sei zwischen der Kreispolizeibehörde und dem Ordnungsdienst geplant und ebenfalls Bestandteil des Konzepts.

Beschlussempfehlung

1. Der Rat der Stadt Monheim am Rhein nimmt die von der Verwaltung vorgeschlagene Zielplanung zur Erreichung des Strategischen Ziels: „Verbesserung der Sozialstruktur in Monheim am Rhein, insbesondere im Berliner Viertel“ zustimmend zur Kenntnis.
2. Der Rat der Stadt Monheim am Rhein beschließt die Wiederaufnahme des Stadtteilmanagements für das Berliner Viertel ab dem Jahr 2012 und beauftragt die Verwaltung mit der Vorbereitung und Durchführung aller hierfür notwendigen Schritte.

einstimmig zugestimmt

Ja 18 Nein 0 Enthaltung 1

**12 Betriebliches Gesundheitsmanagement
Vorlage: VIII/0753**

Protokoll:

Der Bürgermeister erläutert die Vorlage.

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Online - Bürgerbeteiligung**Vorlage: VIII/0770****Protokoll:**

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass eine Anlage zu dieser Vorlage auf die Tische verteilt wurde. Zwar hat die Verfasserin ihr Schreiben als Anregung gem. § 24 GO NRW bezeichnet, es wurde jedoch einvernehmlich mit ihr abgestimmt, dass keine Behandlung als Anregung gem. § 24 GO NRW sondern eine Diskussion im Rahmen des Haupt- und Finanzausschusses erfolgt.

Die Verwaltung erläutert anhand einer Powerpoint-Präsentation die in den Jahren 2001 bis 2004 durchgeführte Beteiligung der Bürgerschaft und die mögliche Beteiligung ab dem Jahr 2012. Die Präsentation wird den Fraktionen zur Verfügung gestellt und dem Protokoll als Anlage beigelegt.

Die Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen befürwortet die von der Verwaltung vorgeschlagene Vorgehensweise für 2012, die vorsieht, der Bürgerschaft einzelne investive Maßnahmen vorzustellen und darüber abstimmen zu lassen. In kommenden Jahren könne diese Beteiligung weiter ausgebaut werden.

Die Bürgerbeteiligung sei sehr zu begrüßen, so der Sprecher der Fraktion Die Linke. Zur technischen Abwicklung stelle sich die Frage, ob eine Anmeldung unter dem tatsächlichen Namen erfolgen müsse oder auch Phantasienamen denkbar wären. In dem Fall, dass Anmeldungen auch unter „falschem“ Namen möglich wären, könne eine Person unter unterschiedlichen Namen das Ergebnis maßgeblich beeinflussen.

Die Bürgerinnen und Bürger würden sich mit einer Email-Adresse und einem Namen anmelden müssen, erklärt der Bürgermeister. Eine Überprüfung der Namen finde seitens der Verwaltung nicht statt. Es könne durch verschiedene Email-Adressen mehrfach von einer Person abgestimmt werden, solche Schlupflöcher ließen sich jedoch nicht vermeiden.

Der Sprecher der CDU-Fraktion unterstützt den Vorschlag für das Vorgehen im Jahr 2012. Eine Entscheidung für das Jahr 2013 könne erst gefällt werden, wenn weitere Einzelheiten, insbesondere auch in finanzieller Hinsicht, bekannt seien. Es müsse weiterhin ein Werkzeug gefunden werden, die teilnehmenden Menschen zu identifizieren. Dies könne beispielsweise durch die einmalige Vorsprache im Bürgerbüro ermöglicht werden, wo die Interessenten einen Zugangscode erhielten. Andernfalls könne die Bürgerbeteiligung nicht ernsthaft betrieben werden.

Die Identifizierung der Einzelnen sei technisch möglich, so der Bürgermeister. Dies stelle jedoch eine zusätzliche Hemmschwelle dar und sei relativ aufwendig.

Die Bürgerbeteiligung werde unterstützt, so der Sprecher der FDP-Fraktion. Jedoch berge dieses Vorgehen auch Risiken. So sei es möglich, dass die Bürgerbeteiligung sehr gering ausfalle, aber ein hoher Verwaltungsaufwand zu betreiben sei.

Auch die Sprecherin der SPD-Fraktion wertet die Bürgerbeteiligung positiv. Um die Bürgerschaft nicht zu frustrieren sei es unbedingt notwendig, Entscheidungen zeitnah zu treffen und, sofern sie gegen die Meinung der Bürgerschaft ausfielen, ausführlich zu begründen.

Die Angabe des Namens und der Anschrift durch die Bürgerschaft sei empfehlenswert, so der Sprecher der Fraktion Peto.

Beschlussempfehlung

1. Der von der Verwaltung erarbeitete Konzeptvorschlag wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
2. Die Beteiligung der Bürgerschaft am Online-Bürgerhaushalt erfolgt in einer ersten Stufe für den Haushalt 2012 in Form einer Abstimmung über den Investitionshaushalt.
3. Über eine mögliche Ausweitung des Beteiligungsverfahrens ab dem Haushaltsjahr 2013 berät der Haupt- und Finanzausschuss im Anschluss an die erste Stufe bis zu den Sommerferien 2012.

einstimmig zugestimmt

14 Sachstandsbericht zur interkommunalen Zusammenarbeit Vorlage: VIII/0772

Protokoll:

Der Sprecher der SPD-Fraktion erklärt, dass in der interkommunalen Zusammenarbeit viele Vorteile zu erkennen seien. Zu den einzelnen Maßnahmen bittet er um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Im Bereich der Lohn- und Gehaltsabrechnung sei von einem Ertrag in Höhe von 96.000 € die Rede. Es sei jedoch auch erwähnt, dass eine Beamtin im Rahmen der Versetzung eingestellt wurde. Es sei nicht erkennbar, wie hoch die Personalkosten ausfielen und ob diese noch von dem Ertrag abzuziehen seien.
2. Auf der Seite 2 sei eine Untersuchung der Schulsekretariate erwähnt. Hier fehle die Information, was das für Auswirkungen auf die Stadt Monheim am Rhein habe.
3. Die in der Vorlage erwähnte Dokumentation, die am 09.06.2011 im Kreis Ausschuss vorgestellt worden und den Fraktionen zur Verfügung gestellt worden sei, liege nicht vor.

Die Verwaltung beantwortet die Fragen:

1. Die Personalkosten in Höhe von ca. 30.000 € stünden dem Ertrag von 96.000 € als Aufwand gegenüber, so dass sich ein Gewinn von ca. 66.000 € verbuchen ließe.
2. Die Organisationsuntersuchung berücksichtige in erster Linie die Auswirkungen des Offenen Ganztages auf die Arbeitsstunden der Schulsekretärinnen. Für Monheim am Rhein habe sich herausgestellt, dass es geringfügige Verschiebungen nach unten und nach oben im Vergleich zwischen den empfohlenen und tatsächlichen Arbeitsstunden gebe. Handlungsbedarf zeichne sich nicht ab.

3. Die Dokumentation wurde im Rahmen eines interfraktionellen Gesprächs verteilt, würde auf Nachfrage aber gerne nochmals zur Verfügung gestellt.

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

**15 Änderung der Satzung des Zweckverbandes Verkehrsverbund Rhein-Sieg (ZV VRS) in § 14 und Verabschiedung einer Richtlinie dazu
Vorlage: VIII/0769**

Beschlussempfehlung

Der Rat der Stadt Monheim am Rhein stimmt der als **Anlage 1** beigefügten Änderung des § 14 der Zweckverbandssatzung für den Zweckverband Rhein-Sieg sowie der als **Anlage 2** beigefügten Richtlinie zu.

Diese beiden Anlagen sind Bestandteil des Beschlusses.

einstimmig zugestimmt

**16 Bildung von Rückstellungen für Instandsetzungsmaßnahmen im Jahresabschluss 2011 / Gebäudeunterhaltung und Straßenunterhaltung
Vorlage: VIII/0764**

Protokoll:

Der Sprecher der Fraktion Peto bittet um Angabe ob die Investition an der Anton-Schwarz-Schule notwendig sei, obwohl die Verlegung an den Standort Lise-Meitner-Realschule beschlossen worden sei und auch ob die weiteren Investitionen die geänderte Schulentwicklungsplanung berücksichtige.

Hier seien sämtliche Rückstellungen aufgeführt, die technisch erforderlich seien erklärt die Verwaltung. Die Standort- und anderen Nutzungsänderungen behalte man im Blick. Sämtliche Investitionen wo ggf. Standortänderungen erfolgen könnten würden solange zurückgestellt, bis die entsprechenden politischen Beschlüsse gefasst wurden. Dadurch sei sichergestellt, dass keine unnötige Investition getätigt würde.

Es sei zwar nachvollziehbar, dass die Verwaltung einige Investitionen bereits jetzt vornehmen müsse, jedoch würden durch diesen Beschluss bereits Mittel freigegeben, ohne die Haushaltssituation des kommenden Jahres zu kennen, so der Sprecher der CDU-Fraktion.

Im Rahmen des NKF sei es bei der Erstellung des Jahresabschlusses 2011 möglich, unterlassene Instandsetzungsmaßnahmen durchzuführen, die in den kommenden Jahren aus dem Ergebnis des Jahres 2011 finanziert werden können, führt der Bürgermeister aus.

Auf der Liste der dringend sanierungsbedürftigen Straßenabschnitte sei der Gartenweg enthalten, merkt der Sprecher der CDU-Fraktion an. Hierüber äußert er

seine Verärgerung, da durch die Entfernung der Straßenmarkierung die Straßenoberfläche stark beschädigt worden sei und daher nun die Sanierung erforderlich sei. Diese Arbeiten und Kosten seien vermeidbar.

Der Bürgermeister erklärt, dass die Demarkierung erfolgte, weil zusätzliche Parkflächen geschaffen worden seien. Es seien nun beidseitig Parkplätze ausgewiesen, was von den Einzelhändlern sehr begrüßt würde. Weiterhin sei die Straßendecke bereits 40 Jahre alt und eine Sanierung wäre ohnehin fällig und vorgesehen.

Der Sprecher der SPD-Fraktion bittet um Angabe, ob ein Anliegerbeitrag nach dem Kommunalabgabengesetz (KAG) erhoben würde. Weiterhin fragt er nach, ob die Ansiedlung von Schrägparkplätzen hier sinnvoller sei.

Der Bürgermeister sichert zu, die Anlage von Schrägparkplätzen in die Planung einzubeziehen. Ein Straßenbeitrag würde nicht erhoben, da es sich um eine Sanierungsmaßnahme und nicht um eine grundhafte Wiederherstellung handele.

Die Abgrenzung zwischen Sanierung und Wiederherstellung, von der die Zahlungspflicht der Anlieger abhängt, sei nicht klar zu erkennen, so der Sprecher der CDU-Fraktion. Er bittet um nähere Erläuterung.

Die Verwaltung erklärt, dass, sofern eine oberflächliche Sanierung möglicher Weise nicht ausreichend sei, ein Gutachten des TÜV Rheinland eingeholt würde. Die in dem Gutachten empfohlene Maßnahme würde grundsätzlich durchgeführt.

Der Sprecher der CDU-Fraktion beantragt die Aufnahme von 150.000 € für die Ertüchtigung der Halle an der Winrich-von-Kniprode-Schule.

Da die Halle funktionsfähig sei und es sich nicht um eine unterlassene Instandhaltungsmaßnahme handele, sondern ein Umbau stattfinden solle, sei diese Maßnahme nicht rückstellungsfähig, führt die Verwaltung aus. Weiterhin würde der Zeitplan hierdurch nicht geändert. Anfang Januar 2012 würde der Bauantrag für die Nutzungsänderung eingereicht. Der Genehmigungszeitraum betrage ca. 2 Monate, so dass Anfang März mit der Genehmigung zu rechnen sei. Nachdem die Anmerkungen der beteiligten Stellen in die Planung eingearbeitet worden seien, würde das öffentliche Ausschreibungsverfahren begonnen, das wiederum 2-3 Monate dauern würde, so dass der Umbau in den Sommerferien durchgeführt werden könne. Dieser Zeitplan sei auch mit der Schulleitung abgestimmt.

Beschlussempfehlung

Der Rat stimmt der Bildung von Rückstellungen gem. § 36 Abs. 3 GemHVO für unterlassene Instandhaltungen im Jahresabschluss 2011 für

1. Gebäudeunterhaltungsmaßnahmen gem. **Anlage 1** in Höhe von 1.315.000 €
2. Straßenunterhaltungsmaßnahmen gem. **Anlage 2** in Höhe von 610.000 €

zu.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Instandhaltungsmaßnahmen unter Beachtung der Vergabevorschriften unverzüglich durchzuführen.

einstimmig zugestimmt

**17 Kreisverkehr Oranienburger Straße - Anmeldung von üpl-Mitteln
Vorlage: VIII/0776**

Protokoll:

Die Vorlage wird von der Verwaltung erläutert.

Der Sprecher der CDU-Fraktion äußert Verwunderung über die höheren Kosten, die überwiegend aufgrund notwendiger Verlegungen von Versorgungsleitungen entstanden seien. Hier stelle sich die Frage, ob nicht die entsprechenden Pläne Aufschluss gegeben hätten, wenn diese gründlich studiert worden wären.

Die Pläne seien selbstverständlich herangezogen worden, erklärt die Verwaltung. Jedoch hätten sich die Leitungen vielfach nicht in der angegebenen Tiefe befunden, so dass Mehraufwand und Mehrkosten entstanden seien.

Sofern die Vorschriften für die Verlegung der Versorgungsleitungen nicht beachtet worden seien, müssten die Versorgungsbetriebe die Mehrkosten tragen, so der Sprecher der CDU-Fraktion.

Es sei vertraglich geregelt, dass die Stadt Monheim am Rhein als Veranlasser der Baumaßnahme auch die entsprechenden Kosten zu tragen hätte, erwidert der Bürgermeister.

Beschlussempfehlung

Der Rat der Stadt Monheim am Rhein stimmt gem. § 83 Abs. 2 Satz 1 GO NRW den überplanmäßigen Mehrauszahlungen in Höhe von 65.000 € bei der Maßnahme 'Kreisverkehr/Buswendeschleife Oranienburger Straße' zu. Die Deckung erfolgt durch Minderauszahlungen bei der Maßnahme 'Regenrückhaltebecken Baumberg' (Ermächtigungsübertragungen/Haushaltsrest).

einstimmig zugestimmt

18 Mündliche Mitteilungen

Protokoll:

Keine Wortmeldungen.

19 Mündliche Anfragen

19.1 Planung Baumberg Ost

Protokoll:

Ratsherr Gronauer merkt an, dass er in der letzten Ratssitzung eine Anfrage zur Planung Baumberg Ost gestellt habe. Diese sei auch beantwortet worden, jedoch sei den Fraktionen die Antwort nicht übersandt worden.

Der Bürgermeister sichert zu, das nachzuholen und die Fraktionen entsprechend zu unterrichten.

19.2 Winterdienst Am Schellberg

Protokoll:

Ratsherr Goller fragt nach, was es im Bezug auf den Winterdienst der Straße „Schellberg“ zu berichten gebe.

Dieses Thema sei für die nächste Ratssitzung vorgesehen, erläutert der Bürgermeister. Der vom Rat gefasste Beschluss sei von ihm beanstandet worden, da er ihn für rechtswidrig halte. Mit den Anwohnern sei jedoch gesprochen worden und ein denkbares zukünftiges Vorgehen besprochen worden. Dieses würde in der Ratssitzung vorgestellt.

19.3 30 kmh-Zone am Monheimer Tor

Protokoll:

Am Monheimer Tor, kurz vor der Querungshilfe für Fußgänger würde die 30 kmh-Zone aufgehoben, führt Ratsherr Bosbach aus. Hier wäre es sinnvoll, die 30 kmh-Zone hinter der Querungshilfe für Fußgänger aufzuheben.

Nach Abschluss der Baumaßnahme Krischerstraße werde ein neues Tempolimit überprüft und angeordnet, erklärt der Bürgermeister.

19.4 Konjunkturprogramm

Protokoll:

Ratsfrau Schlößer fragt nach, ob die Verwendungsnachweise für das Konjunkturprogramm erstellt worden seien und ob die Stadt Monheim am Rhein etwas von den Fördergeldern zurückzahlen müsse.

Die Abrechnung sei bis Ende Februar 2012 zu erstellen, erklärt der Bürgermeister. Über den aktuellen Stand werde in der kommenden Sitzung des Rates berichtet.

19.5 Opladener Straße

Protokoll:

Im Bezug auf die Verkehrssituation der Opladener Straße bestünden folgende Fra-

ge, so Ratsherr Kenzler:

1. Trotz „Grüner Welle“ käme es abendlich zu großen Staus.
2. An der Kreuzung am Kieswerk sei ein Wegweiser aufgestellt worden, der für die Rechtsabbieger den Blick auf die Ampel versperren würde.

Die Verwaltung beantwortet die Fragen:

1. Die „Grüne Welle“ auf der Opladener Straße liege in der Verantwortung des Landesbetriebes Straßenbau NRW. Die Beschwerde werde an diesen weitergeleitet. Die Monate November bis Januar seien jedoch die verkehrsreichsten Monate. In diesen Zeiten gebe es ein Verkehrsaufkommen von 900 bis 1100 Fahrzeugen in der Stunde, was die theoretische Leistungsfähigkeit der Ampel bereits übersteige, so dass sich ein Rückstau nicht vermeiden ließe.
2. Der Wegweiser würde wieder entfernt.

Daniel Zimmermann
Vorsitzender

Anke Bitsch
Schriftführerin